

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 14. Wahlperiode: 1.-83. Sitzung. (14/1 - 14/1259), 1995 -1999

11.06.1997 - Beschlußprotokoll 42. Sitzung

Nr. 14/581

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Verankerung von Fraueninteressen in der Wirtschaftsförderung
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 30. April 1996
(Neufassung der Drs. 14/240 vom 05.03.96)
(Drucksache 14/282)
2. Verankerung von Fraueninteressen in der Wirtschaftsförderung
Mitteilung des Senats vom 29. April 1997
(Drucksache 14/648)
3. Einfluß von Factory Outlet Centern auf die Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung in der Region Bremen/Niedersachsen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 13. Mai 1997
(Drucksache 14/662)
4. Entwicklungsperspektiven des Technologieparks an der Universität Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 13. Mai 1997
(Drucksache 14/664)
5. Trägerlandschaft in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 13. Mai 1997
(Drucksache 14/665)

Dieser Tagesordnungspunkt wird bis zur September-Sitzung ausgesetzt.
6. Verbesserte Umwelt- und Sicherheitsstandards für Seeschiffe
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 24. September 1996
(Drucksache 14/452)
7. Verbesserte Umwelt- und Sicherheitsstandards für Seeschiffe
Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen vom 26. Mai 1997
(Drucksache 14/672)
8. Abbau von Wettbewerbsnachteilen für die Binnenschifffahrt auf der Mittelweser
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 27. Mai 1997
(Drucksache 14/679)
9. Vertiefung der Oslebshäuser Schleuse
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 27. Mai 1997
(Drucksache 14/680)
10. Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Landes Bremen
(Bremisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz - BremSÜG)
Mitteilung des Senats vom 27. Mai 1997
(Drucksache 14/682)
1. Lesung

Nr. 14/582

Fragestunde

1. Meister-Bafög
Anfrage der Abgeordneten Siefert, Neumeyer und Fraktion der CDU vom 13. Mai 1997
2. Psychotherapeutische Versorgung in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Waltraud Hammerström, Weber und Fraktion der SPD vom 21. Mai 1997
3. Mutterkuhprämien
Anfrage der Abgeordneten Elisabeth Wargalla, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 21. Mai 1997
4. Einseitige Kündigung des Sonderabfallvertrages
Anfrage der Abgeordneten Elisabeth Wargalla, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 26. Mai 1997
5. Internet-Rat
Anfrage der Abgeordneten Jäger, Neumeyer und Fraktion der CDU vom 26. Mai 1997
6. Geplante Europa-Werke von Toyota, Daewoo und Hyundai
Anfrage der Abgeordneten Peper, Lojewski, Rebers und Fraktion der AFB vom 26. Mai 1997
7. Übernahme von Bundesbahn-Eisenbahnbrücken in kommunale Baulastträgerschaft
Anfrage der Abgeordneten Waltraud Hammerström, Töpfer, Weber und Fraktion der SPD vom 27. Mai 1997
8. Beiträge zur Expo 2000
Anfrage der Abgeordneten Hilde Adolf, Töpfer, Weber und Fraktion der SPD vom 27. Mai 1997
9. Verzögerungen beim Weiterbau der Lärmschutzwände an der BAB 27 in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Schildt, Töpfer, Weber und Fraktion der SPD vom 27. Mai 1997
10. Baggergut in den bremischen Häfen
Anfrage des Abgeordneten Schramm (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 28. Mai 1997
11. Sicherheit in der Deutschen Bucht
Anfrage des Abgeordneten Schramm (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 28. Mai 1997
12. Staatsvertrag Freie Hansestadt Bremen und Jüdische Gemeinde
Anfrage des Abgeordneten Dr. Kuhn (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 2. Juni 1997
13. Schutzwesten für die Polizei
Anfrage der Abgeordneten Knäpper, Neumeyer und Fraktion der CDU vom 3. Juni 1997
14. Lehrerstreiks
Anfrage der Abgeordneten Ravens, Elisabeth Motschmann, Neumeyer und Fraktion der CDU vom 5. Juni 1997

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 14/583

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag des Abgeordneten Mützelburg und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Staatsrätekarussell und Demontage des Finanzsenators - Krise der großen Koalition“.

Nr. 14/584

Sanierung Bremer Finanzen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 27. Mai 1997
(Drucksache 14/678)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 14/585

Sanierung der bremischen Haushalte

- Jahresbericht 1996 -

Mitteilung des Senats vom 27. Mai 1997
(Drucksache 14/674)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 14/586

Sanierung der bremischen Haushalte

Antrag der Fraktion der AFB
vom 10. Juni 1997
(Drucksache 14/692)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 14/587

Fortsetzung der Sanierungsleistungen

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 10. Juni 1997
(Drucksache 14/694)

§ 11 des Finanzausgleichsgesetzes sieht vor, daß Bremen in den Jahren 1994 bis 1998 jährlich 1,8 Mrd. DM Sanierungsbeiträge in Form von Sonder-Bundesergänzungszuweisungen erhält. Absatz 6 der Vorschrift bestimmt, daß Bund und Länder im Jahre 1997 gemeinsam überprüfen, ob darüber hinaus in den auf 1998 folgenden Jahren weitere Sanierungsbeträge erforderlich sind.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß die bisherigen Sanierungsbeiträge es noch nicht ermöglicht haben, daß die Freie Hansestadt Bremen einschließlich ihrer Gemeinden das Sanierungsziel erreicht hat (Wiederanschluß an die Ländergesamtheit). Eine Fortsetzung der Sanierungsleistungen ist deshalb in einem begrenzten Zeitraum und in einer Höhe erforderlich, die für Bremen ein Erreichen des Sanierungszieles ermöglicht.

Die Freie Hansestadt Bremen hat alle im Finanzausgleichsgesetz und in der Verwaltungsvereinbarung mit den Sanierungsleistungen verknüpften Bedingungen erfüllt und in den ersten drei Jahren des Sanierungszeitraumes durch eigene - noch über die bereits restriktiven Zielwerte des Sanierungsprogramms hinaus-

gehende - Anstrengungen bereits einen um rund 330 Mio. DM höheren Betrag zur Schuldentilgung einsetzen können, als bei Festlegung der Sanierungsziele und unter Berücksichtigung der seither drastischen Einnahmeausfälle (aus konjunkturellen Gründen und wegen steuerrechtlichen Änderungen des Bundes) zu erwarten war. Die Ausgabenzuwachsraten der Haushalte sind hinter den zulässigen Beträgen und auch hinter den Steigerungsraten der übrigen Länder deutlich zurückgeblieben. Der Finanzplanungsrat hat gegen die nach § 11 FAG vorgelegten Sanierungsberichte über die Jahre 1994 bis 1996 weder Einwände erhoben, noch eine Änderung der mit den Leistungen verknüpften Bedingungen angeregt. Die anderen nicht in Haushaltsnotlage befindlichen Länder befinden sich auch im Verhältnis zu Bremen in wesentlich günstigerer finanzwirtschaftlicher Lage (Zins-Steuer-Quote im Länderdurchschnitt unter 11 %, Deckungsquoten im Länderdurchschnitt 91 % = einschließlich Gemeinden). Weitere Sanierungsleistungen sind daher auch in Ansehung der Haushaltslage der anderen Länder (und des Bundes) geboten (§ 11 Absatz 6 FAG).

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Bund und die anderen nicht in Notlage befindlichen Länder, das sachlich begründete Anliegen auf eine zeitlich begrenzte Fortsetzung der Sanierungsleistungen zu unterstützen.

Die Freie Hansestadt Bremen wird ihre Bemühungen, durch eigene Anstrengungen zum Erreichen des Sanierungszieles beizutragen, entschieden fortsetzen. Sie wird in den kommenden Jahren ihre Sparbemühungen fortführen und das Wachstum der Ausgaben auf niedrigem Niveau halten. Die gezielten Investitionen zum Ausgleich der noch bestehenden Wirtschafts- und Strukturschwächen des Landes werden mit enger Zweckbindung fortgesetzt werden, um die Steuereinnahmen des Landes zu erhöhen und die Abhängigkeit vom Länderfinanzausgleich und von den Bundesergänzungszuweisungen zu reduzieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) wird im Rahmen der Handlungsmöglichkeiten des Landes durch Sparen und Investieren im beschriebenen Sinne und mit dem streng zweckgebundenen Einsatz der weiteren Sanierungsbeiträge alles tun, um in absehbarer Zeit die finanzwirtschaftliche Handlungsfähigkeit des Landes wiederherzustellen.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, den Anspruch Bremens wirksam geltend zu machen und der Bürgerschaft (Landtag) in angemessenen zeitlichen Abständen vom Fortgang der Verhandlungen zu berichten.

Nr. 14/588

Entlassung von Staatsrat Professor Dr. Hoffmann

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der AFB
vom 5. Juni 1997
(Drucksache 14/690)

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt die Beschlußfassung gemäß § 39 Absatz 1 der Geschäftsordnung bis zur September-Sitzung aus.

Nr. 14/589

Keine wissenschaftlichen Experimente an Primaten an bremischen Hochschulen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 29. April 1997
(Drucksache 14/641)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 14/590

Tierversuche perspektivisch reduzieren

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 10. Juni 1997
(Drucksache 14/693)

1. Der Senat wird aufgefordert, alle Maßnahmen der Universität Bremen zu unterstützen, Tierversuche auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.
2. Solange Tierversuche unverzichtbar sind, sind die bisher besten bekannten Standards für Experimente und Haltung der Versuchstiere umzusetzen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß die Hirnforscher die bildgebenden Verfahren so weiterentwickeln, daß in der Perspektive Eingriffe in Primatengehirne unnötig werden.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß alle Möglichkeiten zur Vermeidung von Doppelversuchen ausgeschöpft werden.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt alle Maßnahmen der Universität Bremen im Bereich der Tierversuche, die einen weiteren Dialog in der Forschung und Fachöffentlichkeit, insbesondere bei Tierexperimentatoren, Tierschützern und Fachtierärzteschaft fortsetzen helfen.

Nr. 14/591

Fortschreibung des Außenwirtschaftskonzeptes

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 23. April 1997
(Drucksache 14/636)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der AFB vom 13. Mai 1997

(Drucksache 14/666)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Das Bundesland Bremen weist eine hohe Außenwirtschaftsabhängigkeit auf. Angesichts eines Exportanteils von rund 40 % am Gesamtumsatz der Wirtschaft im Lande Bremen ist die Förderung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten von besonderem Stellenwert. Die Bürgerschaft (Landtag) hat im September 1994 das Außenwirtschaftskonzept des damaligen Senators für Häfen, Schifffahrt und Außenhandel zur Kenntnis genommen, verbunden mit der Aufforderung, dies fortzuschreiben.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert daher den Senat auf, bis zum 30. September 1997 die Fortschreibung des Außenwirtschaftskonzeptes der Bürgerschaft (Landtag) vorzulegen.

Die Fortschreibung des Konzeptes soll der Stärkung der Außenwirtschaftsfunktion im Lande Bremen dienen. Dabei sollen folgende Ziele, Maßnahmen und Instrumente konkretisiert bzw. aufgenommen werden:

- Ansiedlung ausländischer Unternehmen im Lande Bremen,
- Perspektiven und Optimierung bestehender außenwirtschaftlicher Einrichtungen (u. a. WTC, NOHZ Auslandsrepräsentanzen),
- Beteiligung an Auslandsmessen und Markterschließung für die bremische Außenwirtschaft in wachstumsreichen Wirtschaftsregionen,
- Steigerung des Eigenengagements der bremischen Unternehmen bei der Erschließung von Auslandsmärkten,
- Aus- und Fortbildung für die bremische Außenwirtschaft,

- Darlegung bzw. Schaffung von Kriterien der Außenwirtschaftsförderung zum Zwecke der Transparenz, Effizienzsteigerung und Erfolgskontrolle,
- Darstellung von Konzeption und Zielen der einzelnen Programme und deren finanzieller Ausstattung,
- Abstimmung und Verzahnung von wirtschafts- und außenwirtschaftsfördernden Programmen.



